JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN



TELEGRAMM-ADRESSE: „PRESSCENTRA ZÜRICH“

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 9 | 24. Januar 1919 | כ״ג שבט תרע״ט | Preis 25 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Bürgerrecht der Juden Rumäniens.

— *Bukarest*, 23. Januar. (Reuter.) Das *Judenproblem* hat nun seine gesetzliche Lösung gefunden. Im Amtsblatt wird ein Dekret veröffentlicht, das sämtlichen in Rumänien sich aufhaltenden und angemeldeten Ausländern, für die keine fremde Regierung zuständig ist, die Nationalität gewährt. Ausgenommen bleiben nur die Fälle von Verrat, Spionage oder Fahnenflucht.

Die französische Politik bezüglich Palästinas.

Der in Rom erscheinende „Israel“ bringt folgenden Leitartikel: „Wir erwähnten wiederholt das unverlässliche Verhalten — um nicht mehr zr sagen — der französischen Diplomatie gegen das jüdische Palästina, welches wiederherzustellen die demokratischen Nationen versprochen haben. Wir wollen den französischen Zeitungsstimmen und Revuen keine besondere Bedeutung beimessen, obwohl diese von Geistlichen uud Archeologen kommen, die sich der grössten Achtung erfreuen, oder auch von bedeutenden Schriftstellern oder Chefredakteuren von vielgelesenen Zeitschriften verfasst sind. Es ist wahr, man ist eben dabei angelangt, aus dem Syro-Palästinensischen Problem eine zweite Frage der französischen Irredenta („ein anderes katholisch-französisches Elsass“) zu schaffen, wie am 20. Nov. 1918 in einer „eleganten“ conference der Direktor der „Revue hebdomadaire“ ausrief: „Es darf kein internationales Syrien und Palästina geben, nur einzig und allein ein französischen Syrien und ein französisches Palästina.“ Bisher waren es nur unverantwortliche Stimmen.

Es gibt jedoch einige Anzeichen der französischen Unnachgiebigkeit, neuen Wegen zu folgen und die Rechte der Völker, welche gegen imperialistisch-napoleonische Ideen sind, zu verstehen. Man hat es gewusst und wir sahen es voraus, dass Frankreich trotz des Wilsons'schen Programms und trotz der neuen Ideen-Strömungen beanspruchte, dass jener geheime Vertrag von 1915 zwischen Frankreich, England und Russland, durchgesetzt werde, zielend auf eine unlimitierte Annexion in der Türkei. Jetzt handelt es sich aber um mehr.

Die französische Regierung hat im Parlament durch *Pichon* und *Clémanceau* die Richtlinie der französischen äussern Politik vor dem Tribunal der Völker kundgegeben.

„Frankreich — sagte *Pichon* — hat unbestreitbare Rechte zu schützen, insbesondere in Libanon, in Syrien und in *Palästina.*

Wir anerkennen sicherlich die vollkommene Freiheit der Konferenz und dass ihr das Recht zusteht, den vorhergehenden Vereinbarungen diese oder jene Schlussfolgerung zu geben, wir nehmen jedoch an, dass unsere Vereinbarungen *uns und England* binden.“

Es handelt sich immer um die Abmachung von 1915, welche der Erklärung Balfours vom 2. Nov. 1917 voranging und welche von Pichon im Februar 1918 ergänzt wurde. Briand bestätigte die Worte Pichons, indem er Marcel Cachin antwortete: „Es kann nicht zweierlei Deutungen geben. Ich habe mich bemüht, unsere Abmachungen zwischen den Alliierten über die Frage unserer Grenzen und unserer Rechte auf Klein-Asien, die Jahrhunderte zurückführen, zu regulieren. Diese Abmachungen werden dem Friedenskongress unterbreitet und auch dort besprochen werden, sicher ist es aber, dass England, um nicht wortbrüchig zu werden, sie wie wir, ratifizieren wird, da wir sie angenommen haben.“

Jetzt muss das jüdische Volk auf der Hut sein vor der Legitimität und der Unwiderruflichkeit eines Vertrages, welcher die Rechte der Völker aus alter Eroberungssucht mit Füssen tritt.

Dieser Vertrag, auf welchen Pichon und Briand sich beziehen, ist vom „Mancheter Guardian“ eine „Infamie“ genannt worden: „Er tauschte die Völker aus wie Rindvieh und unglaublich ist es, wie er noch in Kraft sein kann.“

Und doch ist es bis heute so. Es gibt keine Nationalrechte für keines der unterdrückten und irredenten Völker *West-Asiens*, es gibt nur die Jahrhunderte zählenden Rechte Frankreichs. Werden wir also vor der Türe bleiben müssen aus Untertänigkeit für den unstillbaren Appetit der französischen Diplomatie? Was wird denn aus dem jüdischen Volk werden, wenn es nochmals ins Exil zurückgejagt wird?

Entweder entscheidet sich heute vollkommen die jüdische Frage durch ein durchaus jüdisches Palästina, in welchem die Rechte der Araber und diejenigen der

anderen religiösen Gemeinschaften geachtet werden, oder aber muss das jüdische Volk jede Illusion über die Macht der Gerechtigkeit der Weltdiplomatie verlieren.

Zweitausend Jahre Exil sind doch lange genug, um uns das Recht zu geben, endlich *eine Heimat zu beanspruchen* und von Frankreich zu verlangen, dass es unsere unbestreitbaren Rechte auf das alte jüdische Land anerkenne.

— *„Palestine“* (Organ der „British Palestine Comitee“ in Manchester) veröffentlicht folgenden beachtenswerten Artikel.

„Wir haben schon gemeldet, daß die Franzosen in Galiläa eine Verwaltung einsetzen, die sie trotz des Protestes der englischen Regierung weiter beibehalten. Wir haben die besten Gründe zur Behauptung, dass das franz. Auswärtige Amt seine Ansprüche bezüglich Palästinas ungeschmälert aufrecht erhält. Es hält sich an die ihm durch das geheime Abkommen von 1915 zugesicherten Vorteile (wonach Palästina geteilt, Haifa englisch, Akka französisch werden sollte). Es hält mit Nachdruck an jedem Artikel dieses unglücklichen Dokumentes fest. Wir haben noch keine Gewißheit, ob man am Quai d'Orsay die Anerkennung der französischen Ansprüche bezüglich Palästinas von der Friedenskonferenz erwartet. Wahrscheinlich nicht, denn die Agenten des Ministeriums in Amerika schlagen entweder eine internationale oder eine amerikanische Kontrolle, die der englischen vorgezogen werden soll, vor. Das Auswärtige Amt in Paris möchte zunächst England das Mandat der Schaffung eines jüdischen Palästinas entziehen, und will ferner seine eigenen Ansprüche auf Palästina, gegen ein starkes Aequivalent, auf andere Gebiete oder auf Palästina selbst, geltend machen. Dies alles gehört zur Diplomatie der alten Schule und der Umstand, daß man die Interessen und Wünsche des jüdischen Volkes nicht beachtet, besiegelt die alte Auffassung. Wir empfehlen dem französischen Auswärtigen Amt, folgendes in Erwägung zu ziehen. Abgesehen davon, daß die Friedenskonferenz jegliches Prinzip und jeglichen Glauben, womit die Jungmannschaft in den Tod getrieben wurde, abschwört, werden die französischen Ansprüche auf Palästina sich sofort in Nichts auflösen, sobald sich der Verstand einen Augenblick mit ihnen beschäftigt. Das jüdische Volk wird keinen Ausgleich mit Palästina, wie sich ihn die französische Diplomatie in ihren eigenen Interessen dachte, dulden. Frankreich hat keinen besseren Freund, als das jüdische Volk, aber das französische Auswärtige Amt wird gut daran tun, einzusehen, daß die jüdische Freundschaft nicht die Verkrüppelung eines jüdischen Palästinas unter französischem Einfluß dulden kann.

Die jüdischen Kriegsgefangenen in Sibirien.

Wir erhalten folgenden Brief mit der Bitte um Veröffentlichung:

„Hunderte von intelligenten jungen Leuten aus Galizien schmachten seit mehreren Jahren als kriegsgefangene Offiziere in Sibirien, mit denen seit einer Reihe von Monaten jeder Brief- sowie Geldüberweisungsverkehr stockt. Ueberdies wird ihnen die seitens der russischen Regierung festgesetzte Monatsgage von 50 Rubel ab Januar dieses Jahres *nicht mehr ausbezahlt.*

Eine Heimreise aus Sibirien ist infolge der tschechoslowakischen Front in Russland unmöglich. Da jede andere Bahnverbindung fehlt, ist auch ein Umgehen dieser Front ausgeschlossen. Die schreckliche Lage unserer jüdischen Jugend lässt sich also denken.

Wir ersuchen Sie daher, eventuell durch das amerikanische Konsulat einen Aufruf in 2 in Amerika viel gelesenen Zeitungen ergehen zu lassen, dieser, aller Mittel entblössten jüdischen Jugend, mit Geld und womöglich mit Wäsche und Kleidungsstücken zu helfen. Wir wollen noch hinzufügen, dass die meisten kriegsgefangenen Offiziere in den Gefangenenlagern *Beresowka* und *Chabarowsk* sich aufhalten“.

Um Weiterverbreitung wird höflichst ersucht.

Die Red. der „J.P.Z.“.

Franz Oppenheimer Ordinarius für Soziologie in Frankfurt a. M.

Das an der Universität Frankfurt am Main neuerrichtete Ordinariat für Soziologie ist dem bekannten Gesellschaftsforscher Dr. med. und phil. Franz Oppenheimer, Privatdozent an der Berliner Universität, übertragen wird. („Hochschul-Korrespondenz“)

Oppenheimer ist 1865 als Sohn des verstorbenen Predigers Dr. Jul. Oppenheimer in Berlin geboren, studierte in Freiburg und Berlin Medizin und übte seit 1886 in seiner Vaterstadt etwa 10 Jahre lang die ärztliche Praxis als Laryngologe aus, bis ihn die grossen zeitbewegenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme ganz in ihren Bannkreis zogen. Im Februar 1908 promovierte er in Kiel mit einer vorzüglichen Arbeit über Rodbertus und David Riccardo zum Dr. phil. und habilitierte sich 1909 in Berlin für Nationalökonomie, wo er auf dem philosophischen Katheder als Privatdozent in schöpferischer Weise wirkte. 1917 erhielt er das Prädikat Professor.

Der hervorragende Gelehrte ist als Verfasser geistvoller und einflussreicher volks- und sozialwissenschaftlicher Werke von grundlegender Bedeutung, weit über die Kreise der Fachwelt hinaus berühmt und geschätzt. Er ist in der Wissenschaft, die ihm so bahnbrechende Arbeiten verdankt, im wesentlichen Autodidakt. Ausser zahlreichen Abhandlungen in Fachzeitschriften und Tageszeitungen legte er in zwei gehaltvollen Werken „Die Siedlungsgenossenschaft“ (1896) und „Grundeigentum und soziale Frage“ (1898) die Ergebnisse seines tiefen Forschergeistes nieder. Im wesentlichen bekannte er sich darin zu den Ideen Hertzkas und anderer Bodenreformer, er geht aber über dieselben weit hinaus, indem er der Verwirklichung dieser Ideen neue Wege weist. Von den zahlreich veröffentlichten Werken, die alle ausnahmslos einen geradezu talmudischen Scharfsinn aufweisen, seien genannt: „Ueber das Grundgesetz der Marx'schen Gesellschaftslehre“ (1901), „Der Staat“ (1918), „Theorie der reinen und politischen Oekonomie, ein Lehrbuch

für Studierende“ (1910), „Die soziale Frage und der Sozialismus“ (1912), „Weltwirtschaft und Nationalwirtschaft“ (1915). „Wert- und Kapitalprofit“ (1916). Im letzteren gibt er eine vollständige Neubegründung der Werttheorie.

Oppenheimer steht seit Jahren als einer der bedeutendsten Vorkämpfer der zionistischen Ideale in der jüdisch-nationalen Bewegung. Der jüdische Nationalfond versuchte auf Oppenheimers Anregung, in Palästina Genossenschaftsfarmen nach Oppenheimer'schem System zu gründen. Erwähnt seien hierbei aus seiner Schrift „Gemeineigentum und Privateigentum an Grund und Boden“ die Kapitel „Folgen des Privateigentums in Palästina“ und „Der Zionismus und das Gemeineigentum an Boden“. Die Genossenschaftsfarmen in Palästina stehen unter der Leitung Oppenheimers.

Während des Krieges trat Oppenheimer in einigen Aufsätzen für die „Nationale Autonomie der Ostjuden“ ein und hat als zweiter Vorsitzender des „Komitees für den Osten“ zur Hebung der Wohlfahrt der Ostjuden auch praktisch sehr viel beigetragen. Er ist noch Mitredakteur der von Prof. Hermann Cohen mitgegründeten „Neuen Jüdischen Monatshefte.“ Auf dem Gebiet der jüdischen Publizistik hat Oppenheimer sich sehr rege betätigt.

Ukrainische Friedensdelegation.

— Laut dem „Ukrainischen Telegraphenbureau in Lausanne“ gehören der Delegation für die Friedenskonferenz in Paris folgende jüdische Mitglieder an:. Bankier Senator *Margolin*, bevollmächtigter Minister in Konstantinopel und Repräsentant und Vertreter der Ukrainisch-jüdischen, territorialen Organisation; *Artem Lackyj* Exminister für Jüdische Angelegenheiten und Präsident der Vereinigten Jüdischen Organisationen d. Ukraine; *Zarchy* und *Grotter* (aus Galizien). Minister Margolin ist bereits über Odessa nach Paris abgereist.

Chronik.

Polen.

— *Warschau.* Der hiesige Gemeinderat hat letztens eine Reihe billiger Volksküchen für die christliche Bevölkerung eröffnet, dagegen der jüdischen Gemeinde *die weitere Auszahlung der Subvention für die jüdischen Volksküchen verweigert.* Diese müssen deshalb geschlossen werden.

— Grodnoer Zeitungen melden den Tod des jungen jüdischen Poeten Leib Neidus. (Hajnt.)

Galizien.

— Das vereinigte polnische Episkopat hat unlängst einen Hirtenbrief, der von allen kirchlichen Kanzeln Polens verlesen wurde, erlassen, in dem u. a. auch zur Judenfrage Stellung genommen wird. Im Brief heisst es: „Wir kennen eure Vorwürfe gegen die Juden und behaupten nicht, dass Ihr Unrecht habt. Bedenket jedoch, dass Ihr Euch durch Euere eigene ökonomische Organisation gegen die wucherischen Preiserhöhungen und Ausbeutung schützen könnt. Verbrechen zu begehen, um sich selbst Gerechtigkeit oder Rache zu verschaffen ist nie gestattet. Wir sagen dies nicht, um Euch *Vorwürfe* zu machen. Wir wissen, dass jüdische Agenten, die im Dienste des Bolschewismus stehen, Sturm säen, der sich dann gegen sie selbst wendet. Wir wissen, dass bei den Judenunruhen massenhaft aus den Gefängnissen entlassene Verbrecher und russische Gefangene, teilgenommen haben. Deshalb protestieren wir dagegen, daß man Euch, oder sogar das ganze Volk dieser Ausschreitungen anklagt.“

Statt christliche Liebe zu predigen, entschuldigt man also die sogenannten „blossen Ausschreitungen“, stempelt in einem Atem 3 Millionen Juden zugleich zu Wuchern und Bolschewisten, ohne auf diesen inneren Wiederspruch zu achten. So sieht die Judenfrage heute zur Zeit einer sozialistischen Regierung und der Diktatur des Proletariates in Polen aus. Was harret unser noch unter der bald zur Macht kommenden Regierung Dmowskis. (Gazeta Zydowska.)

— Der Präsident der polnischen Volkspartei Minister Wincenty *Witos* ist in den Städten und Dörfern Galiziens als Wanderprediger der Judenhasser herumgereist. Er sagte u.a. am 30. Dezember in Nowy-Targ: „.... Für diese Ausländer (!) gibt es bei uns keinen Platz. *Diesen Menschen müssen wir alle Rechte nehmen*, Handel und Industrie müssen wir ihnen entreissen. Man darf sie nirgends beschäftigen, mit ihnen nicht in Berührung kommen, und wiewohl es ihrer 3 Millionen gibt, so muß man diese Sippe stufenweise vernichten und ausrotten.

— Der bekannte Führer der Assimilanten Dr. Tobias *Aschkenase,* Präsident der Advokatenkammer in Lemberg richtete einen offenen Brief an den General Rozwadowski, worin es u. a. heißt:

„In Lemberg werden die Juden von der polnischen Bevölkerung wieder drangsaliert und in schlimmster Weise behandelt. In der Stadt kommen, nach wie vor, Räubereien und Mißhandlungen von Juden vor. Das Versprechen der polnischen Behörden, Ordnung zu halten und die Juden gegen Exzesse zu schützen, wurde gebrochen. Ich warne die polnischen Behörden zum letzten Male. Falls der grausamen Judenhetze kein Einhalt geboten werden sollte, würden alle Juden, die sich bis jetzt für Polen hielten, der polnischen Gesellschaft demonstrativ den Rücken wenden und sämtliche Aemter niederlegen. Sie werden auch in die Welt einen mächtigen Protest hinausschreien. Das Maß ist bald voll.“

— *Lemberg* 17. Januar. Die englische politische Kommission mit Oberst Wade an der Spitze trifft heute Abend in Lemberg ein. Morgen kommt die militärpolitische französische Kommission. Die amerikanische Kommission die wegen der Lebensmittelfrage hier weilte, hat gestern Lemberg verlassen. (Poln. Tel. Agentur.)

— Einem am 9. Januar in Lemberg geschriebenen, am 17. Januar in Rzeszow der Post übergebenen und

am 22. Januar in Zürich eingetroffenen Privatschreiben entnehmen wir folgende Stellen:

„Heute ist es wieder etwas ruhiger, bisher war es entsetzlich, viele Privathäuser wurden beschädigt und Leute getötet und verwundet. Wenn nur die Juden endlich Ruhe haben könnten; die Zeit ist schrecklich wie noch nie zuvor. Gott helfe uns weiter. Was berichten die dortigen Zeitungen? Wir sind jetzt ohne Elektrizität, ohne Wasser und ohne Gas, jetzt auch noch ohne Fleisch und Milch. Man muß sich also einrichten. Aus Stryj kommt ab und zu Post; es geht dort den Leuten bei den Ruthenen sehr gut.

Ukraine.

— *Kiew*. Die ukrainische Regierung stellte der Sovietregierung ein Ultimatum, in dem die unverzügliche Zurückziehung der bolschewistischen Truppen aus dem ukrainischen Gebiet verlangt wird. Der jüdische Nationalrat beschloss, sich im ukrainisch-rumänischen Konflikt auf die Seite der Ukrainer zu stellen.

Jugoslavien.

Ausschreitungen gegen Juden in Jugoslavien.

In den meisten Provinzorten Kroatiens und Slavoniens kam es zu Plünderungen jüdischer Kaufläden und zu Ausschreitungen gegen jüdische Grundbesitzer durch die von bolschewistischen Soldaten geführte Dorfbevölkerung. Namentlich die jüdischen Bewohner von Bad Daruwàr, Naschitz, Neu-Gradisca, Pankratz und Pozsega wurden in Mitleidenschaft gezogen. Zahlreiche Juden aus der Provinz begaben sich nach Zagreb, um wenigstens ihr Leben zu retten. Dortselbst, sowie in Bosnien herrscht Ruhe. (Jüdische Zeitung Wien).

Fiume blauweiss beflaggt.

— Nach *Fiume* kamen vor einigen Tagen 50 junge Juden aus Polen, um sich nach Palästina durchzuschlagen. Die Reise dorthin ist mit sehr grossen Schwierigkeiten verbunden, da noch kein regelmässiger Passagierverkehr besteht und die italienischen Behörden diese Ankömmlinge nur sehr ungern sehen. Die meisten werden interniert oder abgeschoben. Diese Gruppe hatte jedoch besonderes Glück. Dr. Rubins, höherer jüdischer Offizier eines amerikanischen Kriegsschiffes, erwirkte für dieses Schiff die Erlaubnis, diese jungen Leute nach Palästina zu überführen. Vor Freude flaggten alle jüdischen Häuser blau-weiss und auch das amerikanische Kriegsschiff zog die blau-weisse jüdische Fahne auf. Als das Schiff den Hafen verliess, feuerten die übrigen Schiffe Salutschüsse ab. (Jüdische Morgenpost.)

Deutschland.

— Die zionistische orthodoxe Föderation Misrachi beschloss ihre Leitung nach Berlin zu verlegen. Zum Vorsitzenden wurde der Maler *Herrmann Struck*, in den Vorstand u. a. Bibliothekar Dr. *Pick* gewählt.

England.

Ein Palästina-Amt der englischen Zionisten-Förderation.

Unter der Leitung des Herrn L. *Kessler,* Mitglied des E. A. C. der Zionistischen Organisation, wurde in London ein Palästinakomitee eingesetzt, das im Zusammenhang mit der englischen Zionistenföderation ein besonderes Palästinaprogramm auszuführen haben wird. Zu den Punkten des Palästinaprogramms gehören das Sammeln und Verbreiten von Informationen über Palästina, seiner Möglichkeiten und ökonomischen Bedingungen, das Verleihen von Hilfe bei der Bildung von Arbeitergruppen, die nach Palästina übersiedeln. Es wird auch ferner darnach gestrebt werden, Arbeitsämter in England zu errichten, die im Einvernehmen mit dem palästinensischen zentralen Arbeitsamt funktionieren werden. (J. K. B. Haag.)

— Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht einen Brief eines „anglo-syrian“ worin das Recht Chekri Ganems im Namen von 600 000 Syriern zu sprechen, scharf bestritten wird.

Amerika.

Freie Republik Palästina.

Haag, 22. Jan. Hollandsch Nieuws Bureau meldet aus New-York: Die erste jüdische Arbeiterkonferenz nahm eine Entschliessung an, dass *Palästina eine freie Republik* werden müsse, in der kein Vorrang und keine Sonderrechte bestehen dürfen. Die Entschliessung wurde durch die Vertreter einer halben Million jüdischer Arbeiter gutgeheissen.

Projekt einer christlich-zionistischen Organisation.

Viel bekannte Persönlichkeiten und hohe Staatsbeamte Amerikas fragten beim New-Yorker Zionistischen Büro an, ob sie in die zionistische Organisation aufgenommen werden, oder wie sie sonst der jüdischen Nation beim Wiederaufbau Palästinas behilflich sein könnten. Infolgedessen ist das Projekt aufgetaucht, ein christlich-zionistische Organisation zur Unterstützung der zionistischen Aufgaben ins Leben zu rufen.

Jüdische Auswanderung aus den Vereinigten Staaten.

Auf dem ersten Kongress der jüdischen Arbeiter erklärte der Zionist Dr. Rosenflut, dass demnächst eine jüdische Auswanderung aus dem Gebiet der Vereinigten Staaten zu erwarten sei. Viele Juden würden nach ihrem alten Geburtslande zurückkehren, um ihren Angehörigen beim Wiederaufbau zu helfen.

Jüdischer Farmerkongress in Nordamerika.

In New-York fand die 10. Jahreskonferenz der jüdischen Farmer statt. Die Berichte konstatieren einen grossen Fortschritt des Genossenschaftswesens. Die Konferenz beschloss die Errichtung einer Marktzentrale

in New-York, die Abschüttlung jeden Einflusses durch die Jewish-Colonisation Association, der jüdischen, aus dem Vermögen des Baron Hirsch bestehenden Kolonisations-Gesellschaft, ferner die Ermöglichung der Niederlassung von jüdischen Emigranten auf den jüdischen Farmen Nord-Amerikas und die Herausgabe einer eigenen Zeitung.

— Hollandsch Nieuws-Bureau meldet aus New-York: Samuel *Gompers* und *Rusell* haben als Vertreter der amerikanischen Arbeiterförderation die Reise nach Europa angetreten. Ihre Aufgabe ist dort eine dreifache: 1. Bekämpfung des Bolschewismus; 2. Feststellung der internationalen Rechte aller Arbeiter; 3. Durchführung der 14 Punkte Wilsons mii Unterstützung der Arbeiter. (Anmerkung der „J.P.Z.“: Eine ausführliche Würdigung Samuel Gompers, der im Osten Englands als Sohn jüdischer Eltern geboren ist, müssen wir uns wegen Raummangel für eine der nächsten Nummern aufsparen.)

Kongressbewegung in Kanada.

Unter den Kanadischen Juden wird eine Aktion geführt zur sofortigen Einberufung eines allgemeinen jüdischen Kongresses.

Das Kongresskomitee sandte folgenden telegraphischen Protest an Sir Robert *Borden*, Ministerpräsident von Kanada: „Das Kongresskomitee der Kanadischen Juden, das die Kanadische Judenheit in ihrer Gesamtheit repräsentiert, lenkt ihre Aufmerksamkeit auf die Greueltaten, welche kürzlich gegen die Juden in Polen, Galizien und Bessarabien, im letztgenannten Lande während der Besetzung durch rumänische Truppen, stattgefunden haben. Wir haben Ursache, anzunehmen, dass diese Greuel im Mitwissen der verantwortlichen Obrigkeiten geschehen sind. Wir bitten Sie, dagegen zu protestieren und Schritte zu unternehmen, die die Wiederholung dieser Greuel gegen ein loyales, hilfloses und friedliches Volk unmöglich machen.“

Holland.

— Laut „Joodsche Wachter“ sind seit dem 15. Dez. 1918 Telegramme nach folgenden Orten in Palästina zulässig: Jaffa, Jerusalem, El Affule, Haifa und Ramleh. Diese Telegramme müssen in französicher oder englischer Sprache ebgefasst sein.

Bulgarien.

Sofia. Auf einer Zusammenkunft aller jüdischen Gemeinden Bulgariens besprach man die Lage der jüdischen Bevölkerung und beschloss, eine energische Aktion in der Frage der Emigration nach Palästina durchzuführen. Jeder bulgarische Jude, der nach Palästina gehen will, erhält von seiner Gemeinde Mittel zur Deckung der Reisekosten und eine gewisse Summe zum Ankauf von Land in Palästina. Für diesen Zweck soll bereits ein Fonds von 20 Millionen Franken gesammelt worden sein.

Finnland.

In Abo wurde kürzlich ein zionistischer Jugendverein (Zeire Zion) ins Leben gerufen.

Die dritte Nummer der in Helsingfors erscheinenden „Judisk Krönika“ bringt ausführliche Berichte über die Judenverfolgungen in Polen und die Protestversammlungen in Kopenhagen und Viborg, sowie die Artikel „Weltjudentum“ und „Der Krieg und der Antisemitismus“, eine Reihe von Zuschriften und eine Uebersicht über die wichtigsten zionistischen und allgemein jüdischen Ereignisse in allen Länder. Einige finnländische Zeitungen wie „Abo underrettelser“ und die in Helsingfors erscheinende russische Zeitung „Russkij Listok“ beschäftigen sich eingehend mit dem Programm der neuen Zeitschrift und begrüssen ihr Erscheinen mit warmen Worten der Sympathie. (K.Z.B.)

Tunis.

Die jüdische Kolonie in Tanger hat sich zu einer zionistischen Gesellschaft mit dem Namen „Magen Dawid“ zusammengeschlossen, die zum Andenken des verstorbenen Grossrabiners Mordechai Ben Gio gegründet wurde. Als ihre eigentlichen Ziele bezeichnet die neue Organisation die Erweckung der Liebe zu Palästina, die Verbreitung der hebräischen Sprache und die Unterstützung der Notleidenden der Gemeinde Tanger. Zur Unterstützung des Werkes ist die Einrichtung einer Bibliothek und die Herausgabe von Broschüren und Flugblättern beabsichtigt. (K.Z.B.)

Palästina.

Nachrichten aus Palästina.

In den ersten Tagen nach der Befreiung Galiläas vereinigten sich die verschiedenen dortigen jüdischen Parteien, um so die nationale Einheitlichkeit der Juden Galiläas zu dokumentieren. In *Tiberias*, der Hauptstadt Untergaliläas, übernahm das jüdische Komitee die Leitung aller jüdischen Angelegenheiten. Auch in Samaria und Obergaliläa entfaltete sich bald eine rege gesellschaftliche Tätigkeit. Die Kriegsereignisse als solche brachten Galiläa keinen erheblichen Schaden, dagegen richteten die verschiedenen Seuchen grosse Verheerungen an, besonders unter den Flüchtlingen aus Jaffa und in den Kolonien Judäas. Gross war die Sterblichkeit bei den Jemeniten. Die Lage der Jemeniten in Samaria und ihrer Kolonie „Nachliel“ besserte sich bedeutend durch die Bienenzucht, die ihnen schöne Einkünfte zuführt. Die hygienische Lage der Jemeniten ist eine sehr traurige. Von über 200 im Jahre 1912 nach Chedera eingewanderten Juden leben heute bloss 152, während 115 in der Zwischenzeit gestorben sind.

Sehr lebhaft geht es in Judäa zu, wo grosse Vorbereitungen für die jüdische Konstituante getroffen werden. Herr N. Diesenhof, Präsident von Tel Awiw, gründete eine bürgerliche Partei und sammelt gemeinsam mit Sch. Benzion eifrig Mitglieder. Die Arbeiterparteien „Hapoel Hazair“ und „Poale-Zion“ treten sehr scharf gegen diese Partei auf und kam es zu sehr stürmischen Versammlungen in Rischon L'Zion und Rechowoth.

In Mikweh Israel ist Anfang Dezember die Ackerbauschule eröffnet worden. Unterrichtssprache dieser von der Allianz aus gehaltenen Schule ist von nun an hebräisch.

Sehr energische Tätigkeit wird entfaltet, um die starke Position der hebräischen Sprache in Palästina zu erhalten, der jedoch grosse Gefahr durch die bevorstehende Masseneinwanderung und durch den Eigensinn einiger Kolonien — à la „Sichron Jakob", wo, „um die Arbeiter zu ärgern, gerade nur jüdisch gesprochen wird, — droht. So beschloss die grösste jüdische Kolonie „Petach Thikwah", von den Vorstandsmitgliedern Kenntniss des Hebräischen zu verlangen.

Die Vereinigung „Bimah Haiwrith" hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Jüdische Militärpolizei in Palästina.

Nach einer Meldung des Pariser „New-York Herald" vom 2. Januar werden die jüdischen Soldaten der amerikanischen Armee in Frankreich nach Palästina gesendet, um dort Polizeidienste zu verrichten. Das Britische Kriegsministerium fordert ebenfalls jüdische Soldaten auf, sich für diesen Dienst freiwillig zu melden. Die Jüdische Militärpolizei in Palästina zählt bereits mehr als 10,000 Mann.

— In der Zeitschrift „Asien" finden wir einen Aufsatz von *E. Trott-Helge „Kairo-Jerusalem"*, der die Vollendung der ersten Eisenbahnbrücke über den Suezkanal bei El Cantara durch die Engländer zum Ausgangspunkt nimmt. Der Verfasser analysiert, inwiefern die Engländer sich mit dem Bau dieser Brücke nicht begnügen konnten, sondern dass sie nur der erste Schritt auf dem Wege bedeutet, um bis zu jenen gefährdenden Bahnlinien des Orients, der Hedschas- und Bagdadbahn, vorzudringen und sie unter englischen Einfluss zu bringen.

Schweiz.

Internationale Konferenz der thoratreuen Organisationen.

Wie wir bereits in Nummer 5 unserer Mitteilungen berichteten, berief das schweizerische Zentralbureau der „Agudas Jisroel", die auf traditionell gesetzestreuem Boden stehenden jüdischen Organisationen aller Länder auf den 18. Februar nach Zürich zu einer Konferenz ein.

Wie uns nun aus Wien berichtet wird, hat der galizische Rabbinerverband dieser Tage als Delegierte für den Orthodoxen Weltkongress die Herren Oberrabbiner A. M. *Steinberg*-Brody, Rabbiner M. *Mechel Leiter*-Dunajow, Rabbiner T. *Horowitz*-Bohorodczany und Rabbiner B. *Katz*-Borszczow delegiert.

Der Verein zur Wahrung des orthodoxen Judentums in Wien entsendet zum Kongress die Herren *Eduard Deutsch* und *Wolf Pappenheim.*

— Zu dem seinerzeitigen bekannten Briefwechsel zwischen der Schweizerischen Landesorganisation der Agudas Jisroel und dem Kopenhagener Büro der Zionistischen Organisation bemerkt die Misrachistische „Allgemeine Jüdische Zeitung" Budapest, anknüpfend an die Kommentierung des Frankfurter „Jsraelit": „Unseres Erachtens wird das Schicksal des Judentums in Palästina nicht von Verhandlungen und Zusicherungen, sondern von dem Willen und der Tat der im Heiligen Lande wirkenden Juden abhängen", wie folgt: „Wir unsererseits müssen zu dieser Bemerkung des „Jsraelit" noch hinzufügen, daß das Schicksal des Judentums in Erez Jsrael in erster Reihe auch von der *Zahl* und der zweckentsprechenden *Organisation* der im Heiligen Lande lebenden *orthodoxen Juden* abhängen wird. Nur wenn es uns gelingt, die grossen Massen der zur Auswanderung nach Erez Jsrael entschlossenen Gottesfürchtigen schon hier in einer straffen zielbewußten Organisation zusammenzufassen und sie in Palästina selbst zu geschlossenen, selbständigen, achtunggebietenden Ansiedlungen zu vereinigen, die auch durch ihre Bevölkerungszahl und ihre wirtschaftliche Bedeutung einen maßgebenden Faktor im Lande bilden werden, nur dann dürfen wir hoffen, mit Gottes Hilfe ein entscheidendes Gegengewicht zu schaffen, gegen die leider sowohl in zionistischen Kreisen der Goluthländer als auch auf dem geheiligten Boden von Erez Jsrael vorhandenen unjüdischen thorafeindlichen Tendenzen und Strömungen. Eine selbstverständliche Voraussetzung hierfür ist der Zusammenschluß aller für die Kolonisation Palästinas tätigen orthodoxen Verbände, zu einer einheitlichen, großzügige, praktische Arbeit leistenden Weltorganisation. U. E. ist einzig und allein die Föderation „Misrachi" berufen und im Stande, eine derartige Weltorganisation zu bilden und mit Gottes Hilfe Garantien zu schaffen für den wahrhaft jüdischen Charakter der zukünftigen jüdischen Heimstätte in Erez Jsrael."

— *Bern.* Die zionistische sozialdemokratische Partei (Poale Zion) hat als Delegierte zur Internationalen Sozialistenkonferenz Léon Chasanowitsch, Berl Locker und Frau Dine Malke Locker bestimmt.

Presse.

— Dem in Krakau erscheinenden jüdisch-polnischen Tagblatt „Nowy Dziennik" ist vom polnischen Armeeoberkommando das Postdebit entzogen worden. An Stelle dieser Zeitung erscheint nun in Krakau die „Gazeta Zydowska".

— Am 10. Januar begann in Lemberg ein jüdisches Tageblatt in polnischer Sprache unter dem Namen „Chwila" zu erscheinon.

— Das Wochenblatt „Dus jidisze Volk", das Organ der zionistischen Organisation in Polen, erscheint vom 15. Januar ab als Tagblatt unter der Redaktion von Adv. *Grünbaum*, Dr. *Gottlieb* und N. *Szwalbe.*

Verlags-Notizen.

Eine Schrift über die jüdischen Judenpogrome.

Der neugegründete Verlag „Judäa" in Stockholm und Kopenhagen gibt eine Schrift über die polnischen Judenpogrome heraus. Die Schrift bringt ein grosses Tatsachenmaterial und viele Dokumente, die den unbestreitbaren Beweis von der ungeheueren Schuld der Polen liefern. Die Schrift erscheint demnächst in schwedischer, dänischer, holländischer, englischer, französischer und deutscher Sprache und wird an die führenden Persönlichkeiten aller Länder versendet werden.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Die Mitteilungen der „J.P.Z." erscheinen unperiodisch — Druck von Kopp-Tanner, Zürich